

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2016

Nr. 523

ausgegeben am 28. Dezember 2016

Verordnung

vom 20. Dezember 2016

über die Abänderung der AIA-Verordnung

Aufgrund von Art. 2 Abs. 2 und Art. 37 des Gesetzes vom 5. November 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), LGBl. 2015 Nr. 355, und in Durchführung des Abkommens vom 29. Januar 2013 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (AStA), LGBl. 2013 Nr. 432, in der Fassung des Protokolls vom 17. Oktober 2016, LGBl. 2016 Nr. 522, verordnet die Regierung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 15. Dezember 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung), LGBl. 2015 Nr. 358, wird wie folgt abgeändert:

Ingress

Aufgrund von Art. 2 Abs. 2 und Art. 37 des Gesetzes vom 5. November 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), LGBl. 2015 Nr. 355, und in Durchführung des Abkommens vom 29. Januar 2013 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (AStA), LGBl. 2013 Nr. 432, in der Fassung des Protokolls vom 17. Oktober 2016, LGBl. 2016 Nr. 522, verordnet die Regierung:

Art. 1 Abs. 1 Bst. a^{bis}

1) Diese Verordnung regelt in Ausführung des AIA-Gesetzes das Nähere über:

a^{bis}) die teilnehmenden Staaten (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b und Abs. 2 des AIA-Gesetzes);

Art. 2

Partnerstaaten bzw. meldepflichtige Staaten

Die Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind in Anhang 1 aufgeführt.

Art. 2a

Teilnehmende Staaten

Die teilnehmenden Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind in Anhang 2 aufgeführt.

Art. 3 Bst. d und f

Als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:

- d) Aufgehoben;
- f) eine Stiftung, eine stiftungsähnliche Anstalt, ein stiftungsähnliches Treuunternehmen mit Persönlichkeit (Trust reg.) oder eine sonstige stiftungsähnliche Vermögensstruktur, soweit ein Mitglied des obersten Verwaltungsorgans ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut ist und sämtliche nach einem anwendbaren Abkommen und dem AIA-Gesetz zu meldenden Informationen zu sämtlichen meldepflichtigen Konten meldet.

Art. 4 Abs. 1 Bst. d bis h, Abs. 1a und 2 Einleitungssatz

1) Als ausgenommenes Konto im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:

- d) ein Mietzinskautionkonto für Bestandverträge im Sinne von § 1090 ff. ABGB;

- e) ein Konto einer Stockwerkeigentümergeinschaft im Sinne von Art. 170a ff. des Sachenrechts;
- f) ein Kapitaleinzahlungskonto für Zwecke der Errichtung von juristischen Personen im Sinne von Art. 106 ff. des Personen- und Gesellschaftsrechts;
- g) ein Konto und ein Versicherungsvertrag, das bzw. der eröffnet oder abgeschlossen wurde, um Geldmittel für betriebliche und private Pensionspläne zu erhalten, zu verwalten oder anzusparen, und das bzw. der in den Geltungsbereich des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge, des Pensionsfondsgesetzes oder eines ähnlichen Gesetzes eines ausländischen Staates oder Hoheitsgebiets fällt;
- h) ein Konto eines in Liechtenstein nach Art. 246 ff. des Personen- und Gesellschaftsrechts gegründeten und organisierten Vereins, der nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Dies gilt gleichermaßen für Konten von Vereinen, die nach ähnlichen Gesetzen ausländischer Staaten und Hoheitsgebiete gegründet wurden.

1a) Ungeachtet von Anhang I Abschnitt VIII Unterabschnitt C Nummer 1 letzter Satz des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15 letzter Satz des AIA-Gesetzes sowie Art. 3 AStA gilt Folgendes:

- a) Handelt es sich beim meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut um eine Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. i AStA und ist der im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes identifizierte Kontoinhaber eine Vermögensstruktur im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. m AStA so gilt Folgendes:
 1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und die im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.

2. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 3. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- b) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Kontoinhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.

- c) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Kontoinhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- 2) Ein nachrichtenloses Konto liegt vor, wenn dieses gemäss der von der Finanzmarktaufsicht anerkannten Richtlinie des Liechtensteinischen Bankenverbandes vom 8. Juli 1999 über die Behandlung nachrichtenloser Konti, Hefte, Depots und Schrankfächer bei liechtensteinischen Banken als nachrichtenlos gilt oder wenn:

Anhang 1

Der bisherige Anhang wird durch nachfolgenden Anhang 1 ersetzt:

Liste der Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten

1. Andorra, ab 1. Januar 2017;
2. Anguilla, ab 1. Januar 2017;
3. Argentinien, ab 1. Januar 2017;
4. Australien, ab 1. Januar 2017;
5. Belgien, ab 1. Januar 2016;
6. Belize, ab 1. Januar 2017;
7. Bermuda, ab 1. Januar 2017;
8. Britische Jungferninseln, ab 1. Januar 2017;
9. Bulgarien, ab 1. Januar 2016;
10. Cayman Inseln, ab 1. Januar 2017;
11. Chile, ab 1. Januar 2017;
12. China, ab 1. Januar 2017;
13. Dänemark, ab 1. Januar 2016;
14. Deutschland, ab 1. Januar 2016;
15. Estland, ab 1. Januar 2016;
16. Färöer Inseln, ab 1. Januar 2017;
17. Finnland, ab 1. Januar 2016;
18. Frankreich, ab 1. Januar 2016;
19. Gibraltar, ab 1. Januar 2016;
20. Griechenland, ab 1. Januar 2016;
21. Grönland, ab 1. Januar 2017;
22. Guernsey, ab 1. Januar 2017;
23. Indien, ab 1. Januar 2017;
24. Irland, ab 1. Januar 2016;
25. Island, ab 1. Januar 2017;
26. Isle of Man, ab 1. Januar 2017;

27. Italien, ab 1. Januar 2016;
28. Japan, ab 1. Januar 2017;
29. Jersey, ab 1. Januar 2017;
30. Kanada, ab 1. Januar 2017;
31. Korea, ab 1. Januar 2017;
32. Kroatien, ab 1. Januar 2016;
33. Kuwait, ab 1. Januar 2017;
34. Lettland, ab 1. Januar 2016;
35. Litauen, ab 1. Januar 2016;
36. Luxemburg, ab 1. Januar 2016;
37. Malaysia, ab 1. Januar 2017;
38. Malta, ab 1. Januar 2016;
39. Mauritius, ab 1. Januar 2017;
40. Mexiko, ab 1. Januar 2017;
41. Monaco, ab 1. Januar 2017;
42. Neuseeland, ab 1. Januar 2017;
43. Niederlande, ab 1. Januar 2016;
44. Norwegen, ab 1. Januar 2017;
45. Österreich, ab 1. Januar 2017;
46. Polen, ab 1. Januar 2016;
47. Portugal, ab 1. Januar 2016;
48. Rumänien, ab 1. Januar 2016;
49. Saint Vincent und die Grenadinen, ab 1. Januar 2017;
50. San Marino, ab 1. Januar 2017;
51. Schweden, ab 1. Januar 2016;
52. Seychellen, ab 1. Januar 2017;
53. Slowakei, ab 1. Januar 2016;
54. Slowenien, ab 1. Januar 2016;
55. Spanien, ab 1. Januar 2016;
56. Südafrika, ab 1. Januar 2017;
57. Tschechien, ab 1. Januar 2016;
58. Turks- und Caicosinseln, ab 1. Januar 2017;
59. Ungarn, ab 1. Januar 2016;

- 60. Vereinigtes Königreich, ab 1. Januar 2016;
- 61. Zypern, ab 1. Januar 2016.

Anhang 2

Es wird folgender Anhang 2 eingefügt:

Anhang 2

(Art. 2a)

Liste der teilnehmenden Staaten

1. Albanien, ab 1. Januar 2016;
2. Andorra, ab 1. Januar 2016;
3. Anguilla, ab 1. Januar 2016;
4. Antigua und Barbuda, ab 1. Januar 2016;
5. Argentinien, ab 1. Januar 2016;
6. Aruba, ab 1. Januar 2016;
7. Australien, ab 1. Januar 2016;
8. Bahamas, ab 1. Januar 2016;
9. Bahrain, ab 1. Januar 2016;
10. Barbados, ab 1. Januar 2016;
11. Belgien, ab 1. Januar 2016;
12. Belize, ab 1. Januar 2016;
13. Bermuda, ab 1. Januar 2016;
14. Brasilien, ab 1. Januar 2016;
15. Britische Jungferninseln, ab 1. Januar 2016;
16. Brunei, ab 1. Januar 2016;
17. Bulgarien, ab 1. Januar 2016;
18. Cayman Inseln, ab 1. Januar 2016;
19. Chile, ab 1. Januar 2016;
20. China, ab 1. Januar 2016;
21. Cook Inseln, ab 1. Januar 2016;
22. Costa Rica, ab 1. Januar 2016;
23. Curaçao, ab 1. Januar 2016;
24. Dänemark, ab 1. Januar 2016;
25. Deutschland, ab 1. Januar 2016;
26. Dominica, ab 1. Januar 2016;
27. Estland, ab 1. Januar 2016;

28. Färöer Inseln, ab 1. Januar 2016;
29. Finnland, ab 1. Januar 2016;
30. Frankreich, ab 1. Januar 2016;
31. Ghana, ab 1. Januar 2016;
32. Gibraltar, ab 1. Januar 2016;
33. Grenada, ab 1. Januar 2016;
34. Griechenland, ab 1. Januar 2016;
35. Grönland, ab 1. Januar 2016;
36. Guernsey, ab 1. Januar 2016;
37. Hong Kong (China), ab 1. Januar 2016;
38. Indien, ab 1. Januar 2016;
39. Indonesien, ab 1. Januar 2016;
40. Irland, ab 1. Januar 2016;
41. Island, ab 1. Januar 2016;
42. Isle of Man, ab 1. Januar 2016;
43. Israel, ab 1. Januar 2016;
44. Italien, ab 1. Januar 2016;
45. Japan, ab 1. Januar 2016;
46. Jersey, ab 1. Januar 2016;
47. Kanada, ab 1. Januar 2016;
48. Katar, ab 1. Januar 2016;
49. Kolumbien, ab 1. Januar 2016;
50. Korea, ab 1. Januar 2016;
51. Kroatien, ab 1. Januar 2016;
52. Kuwait, ab 1. Januar 2016;
53. Lettland, ab 1. Januar 2016;
54. Libanon, ab 1. Januar 2016;
55. Litauen, ab 1. Januar 2016;
56. Luxemburg, ab 1. Januar 2016;
57. Macau (China), ab 1. Januar 2016;
58. Malaysia, ab 1. Januar 2016;
59. Malta, ab 1. Januar 2016;
60. Marshall Inseln, ab 1. Januar 2016;

61. Mauritius, ab 1. Januar 2016;
62. Mexiko, ab 1. Januar 2016;
63. Monaco, ab 1. Januar 2016;
64. Montserrat, ab 1. Januar 2016;
65. Nauru, ab 1. Januar 2016;
66. Neuseeland, ab 1. Januar 2016;
67. Niederlande, ab 1. Januar 2016;
68. Niue, ab 1. Januar 2016;
69. Norwegen, ab 1. Januar 2016;
70. Österreich, ab 1. Januar 2016;
71. Panama, ab 1. Januar 2016;
72. Polen, ab 1. Januar 2016;
73. Portugal, ab 1. Januar 2016;
74. Rumänien, ab 1. Januar 2016;
75. Russland, ab 1. Januar 2016;
76. Saint Kitts und Nevis, ab 1. Januar 2016;
77. Saint Vincent und die Grenadinen, ab 1. Januar 2016;
78. Samoa, ab 1. Januar 2016;
79. San Marino, ab 1. Januar 2016;
80. Saudi Arabien, ab 1. Januar 2016;
81. Schweden, ab 1. Januar 2016;
82. Schweiz, ab 1. Januar 2016;
83. Seychellen, ab 1. Januar 2016;
84. Singapur, ab 1. Januar 2016;
85. Sint Marteen, ab 1. Januar 2016;
86. Slowakei, ab 1. Januar 2016;
87. Slowenien, ab 1. Januar 2016;
88. Spanien, ab 1. Januar 2016;
89. St. Lucia, ab 1. Januar 2016;
90. Südafrika, ab 1. Januar 2016;
91. Trinidad und Tobago, ab 1. Januar 2016;
92. Tschechien, ab 1. Januar 2016;
93. Türkei, ab 1. Januar 2016;

- 94. Turks- und Caicosinseln, ab 1. Januar 2016;
- 95. Ungarn, ab 1. Januar 2016;
- 96. Uruguay, ab 1. Januar 2016;
- 97. Vanuatu, ab 1. Januar 2016;
- 98. Vereinigte Arabische Emirate, ab 1. Januar 2016;
- 99. Vereinigtes Königreich, ab 1. Januar 2016;
- 100. Zypern, ab 1. Januar 2016.

II.

Inkrafttreten

1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich Abs. 2 am 1. Januar 2017 in Kraft.

2) Art. 2a, 4 Abs. 1 Bst. g und h und Abs. 2 Einleitungssatz sowie Anhang 2 treten am 1. Januar 2016 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Adrian Hasler*
Fürstlicher Regierungschef